

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 3/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



ZU GAST BEIM KREISVERBAND OBERFRANKEN-OST

Am 10.02. lud der Kreisverband Oberfranken-Ost der Partei DIE LINKE zum Neujahrsempfang nach Hof. Neben dem Hofer Stadtrat Thomas Etzel und der frisch gebackenen Bundestagsabgeordneten Simone Barrientos, war als Hauptredner kein geringerer als der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, Bodo Ramelow, geladen. In seiner Rede sprach er Themen wie den Angriff der Türkei auf die Kurden in Syrien an und dass dort mit deutschen Waffen auf deutsche Waffen geschossen wird. Angesichts dessen, dass Jenoptik Teile für den Leopard 2 Panzer geliefert hat und das Land Thüringen an Jenoptik beteiligt ist, bleibt da zwar ein leichter Beigeschmack. Aber ich glaube Bodo, wenn er sagt, dass er von einem Land träumt, in dem die Mitarbeiter vor den Toren der Rüstungsunternehmen stehen und sagen „Wir wollen keine Waffen mehr bauen. Wir wollen Stahlträger bauen für Brücken und Bauteile für Kitas und Schulen“. Oder im Falle von Jenoptik

auch Mikroskope für den Biologieunterricht. Er hat Recht, finde ich, mit all dem, was er sagt und dass er nicht immer danach handelt oder handeln kann, liegt sicher zum großen Teil an den gesellschaftlichen Bedingungen und weniger an seinem Willen.

Des Weiteren sprach er von der Möglichkeit, mit einem gut vernetzten Schienennetz, einen großen Teil des Schwertransportes von den Straßen zu bekommen. Wie er darlegte, scheitert diese Idee jedoch nicht am Land Thüringen, sondern daran, dass die CSU auf bayrischer Seite nicht mit bauen will.

Im größten Teil seiner Rede griff er dann ein Thema auf, dass zuvor schon vom Hofer Stadtrat Thomas Etzel mit regionalen Zahlen angesprochen wurde - Kinderarmut. Bodo erzählte aus seiner Kindheit und dass er selbst in ärmlichen Verhältnissen aufwuchs. Zu essen gab es das, was der Garten sai-

sonal hergab, bzw. was im Keller lagerte. Die Kleidung wurde vom größten Bruder an den nächst kleineren weitergegeben bzw. wanderten die Kleidersäcke von Familie zu Familie. Je nachdem, wo grad der Bedarf war. Es war gelebte Solidarität und Armut war zwar schlimm, aber sie führte nicht zu Ausgrenzung oder schlechteren Chancen für die Zukunft. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung und endlich Chancengleichheit.

Alles in allem war es eine sehr interessante Veranstaltung, die unser Nachbarkreisverband da auf die Beine gestellt hat. Hoffen wir, dass die Genossinnen und Genossen vor Ort die Kraft, die dort versprüht wurde, in den diesjährigen Wahlkampf mitnehmen können. Als Gastgeschenk haben wir ihnen Unterstützung für selbigen zugesagt, als gelebte Solidarität.

Maik Schwarz

www.dielinke-vogtland.de

DIE LINKE.

ES FEHLT NICHT NUR AN DIABETOLOGEN IM VOGTLAND

Wer sich jetzt erst verwundert zeigt, dass es im Vogtland an Diabetologen fehlt, hat die letzten Jahre verschlafen. Das Problem der medizinischen Versorgung im Vogtland ist schon lange vorhanden und wäre vorausschaubar gewesen.

Allein an der Altersstruktur der Ärzte im Vogtland wurde das Problem schon lange offen sichtbar. Es wurde aber jahrelang weggeschaut. Es fehlt an allen Ecken, neben Fachärzten wie Diabetologen oder Augenärzten sind auch Hausärzte zur Mangelware geworden.

„Ein ständiges Beteuern, dass man

das Problem erkannt hat und man versuchen will, dass neue Ärzte ins Vogtland kommen, reicht nicht aus. Die Kassenärztliche Vereinigung hat einfach das Problem verschlafen“, so Janina Pfau, Kreisvorsitzende DIE LINKE Vogtland.

Viele Ärzte nehmen keine Patienten mehr auf und die Suche nach einem neuen Hausarzt, gestaltete sich als äußerst schwierig. „Der Landkreis muss jetzt endlich die Kassenärztliche Vereinigung und die Landesregierung in die Pflicht nehmen. Neben weiteren Möglichkeiten der Fachausbildung vor Ort ist auch die Einrichtung eigener Praxen eine sinnvolle Möglichkeit. Es

müssen aber auch die sogenannten „weichen Faktoren“ berücksichtigt werden. Beispielsweise ist die zur Verfügungsstellung eines KITA- oder Hortplatzes einer der wichtigen Faktoren, um die Attraktivität des Hausarztberufes speziell im ländlichen Raum zu steigern. Es ist endlich Zeit zum Handeln, um eine ausreichende medizinische Versorgung im Vogtland zu gewährleisten und nicht nur immer schockiert zu sein, wenn wieder eine Praxis schließt.“, betont Pfau weiter.~

immer einen Besuch wert:

www.dielinke-vogtland.de

ÄUßERUNGEN VON HERRN BECK ZEUGEN VON RESIGNATION UND MUTLOSIGKEIT

Die Sicht der Kreisverwaltung auf die wirtschaftliche Situation im Vogtlandkreis ist schon verwunderlich. Auch wenn sicherlich die Regierung in Dresden über Jahrzehnte dafür gesorgt hat, dass der ländliche Raum abgehängt wurde, kann sich der Kreis nicht aus der Verantwortung ziehen. Auch im CDU regierten Landratsamt, wurde jahrelang unsoziale Politik betrieben. „Dass Dezernent Beck noch heute die Billiglohnpolitik der letzten Jahre verteidigt, mit der Begründung, dass man damit viele Arbeitsplätze schaffen konnte, ist für mich unbegreiflich. Genau damit haben wir dafür gesorgt, dass viele Vogtländerinnen und Vogtländer heute nicht mehr von ihrem Lohn leben können“, so Janina Pfau, Kreisvorsitzende der LINKEN im Vogtland.

Auch die Feststellung, dass es angeblich keinen Einbruch am Arbeitsmarkt nach der Schließung von vogtländischen Traditionsunternehmen wie beispielsweise die Plamag, die Plauener

Gardine oder Neoplan gab, zeigt wie wenig man sich im Kreis mit dem Thema befasst. Viele der ehemaligen Mitarbeiter haben zwar eine neue Arbeit gefunden, aber meist mit merklich weniger Lohn. Die Ansiedlung von mittelständischen Betrieben ist sinnvoll, dabei sollte aber die Unterstützung unserer vielen kleinen Unternehmen und vor allem unserer Handwerkerinnen und Handwerker einen hohen Stellenwert einnehmen, denn sie sind das Rückgrat unserer vogtländischen Wirtschaft.

„Besonders verwunderlich ist aber die Aussage, dass man alles dafür tun will, um junge Menschen im Vogtland zu halten, obwohl die Politik des Kreises in den letzten Jahren genau das Gegenteil dafür getan hat. Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich scheinen schon ein Hobby im Kreis zu sein. Ein gut ausgebautes Angebot für Jugendliche in der Jugendarbeit, aber auch sportliche und kulturelle Angebote sind wichtig, damit junge Menschen

eng mit der Region verwurzelt werden und ist somit neben der Bezahlung ein wichtiger Punkt, damit junge Menschen im Vogtland bleiben. Die Kürzungen der letzten Jahre sind hier kontraproduktiv“, so Pfau weiter.

Die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, und ehemalige DGB Regionsvorsitzende ergänzt: „Die Äußerungen von Herrn Beck zeugen von Resignation und Mutlosigkeit. Ein Wirtschaftsdezernent, der sich mit den Strukturen abfindet, Mädchen vom Friseurberuf abrät und Arbeitsplätze in Rehau als beste Option für den Vogtlandkreis ansieht, ist ein wirtschaftspolitischer Offenbarungseid. Gefragt sind Ideen und Konzepte für gut entlohnte Arbeit und Perspektiven im Vogtlandkreis, auch vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft, da dürfen die Vogtländerinnen und Vogtländer mehr Einsatz erwarten als lediglich das Abgeben launiger Kommentare.“~

EHRlich ABSTIMMEN, NICHT NUR RAUS POSAUNEN



Ulrich Lupart forderte am 30. Januar 2018 in der Presse kostenlose Kita-Plätze. Im Oelsnitzer Stadtrat jedoch konnte er und seine Fraktion dieser Argumentation nicht immer folgen.

„Kitas und Kinderkrippen leisten einen wichtigen Beitrag zur kindgerechten Erziehung und Förderung. In ihnen lernen Kinder nicht nur miteinander und voneinander, sondern erhalten auf sie angepasste Angebote zum gemeinsamen frühkindlichen Lernen. Für die Eltern sind Kitas und Kinderkrippen zudem mit Blick auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig. Gerade alleinerziehende Elternteile sind auf die Betreuung ihrer Kinder angewiesen. Um kein Kind der Gefahr auszusetzen, nicht in die Kita oder Krippe gehen zu können, weil sich die Eltern die Beiträge nicht leisten können, ist eine kostenfreie Versorgung wünschenswert.“ meint Anke Lippold, stellv. Vorsitzende DIE LINKE Oelsnitz erklärt dazu.

„Herr Lupart weiß jedoch offensichtlich nicht einmal, dass Kita-Gebühren keine Aufgabe des Kreises, sondern der Kommune sind. Im Stadtrat hätte er längst die Möglichkeit gehabt entsprechende Anträge zu stellen.“ so Lippold weiter, die ebenfalls wie Lupart Stadträtin in Oelsnitz/Vogtl. ist.

LINKEN Fraktionskollege Reiner Stöhr, ergänzt: „Wir haben die Erhöhungen der Kita-Beiträge in Oelsnitz über Jahre hinweg abgelehnt, weil wir eine kostenlose Betreuung von Kindern für notwendig halten. Dies haben wir in den Sitzungen auch immer wieder deutlich gemacht.“

Bei der letzten Abstimmung haben Abgeordnete der DSU-Fraktion munter, für die von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhungen, gestimmt. Herr Lupart sollte erst einmal in seiner eigenen Fraktion gegen die Kostenerhöhungen mobil machen. Wir als Fraktion werden uns weiterhin ehrlich dafür einsetzen, dass die Eltern nicht weiter belastet werden.

Sollte sich eine rechtlich saubere Möglichkeit ergeben, die Kita-Gebühren komplett zu streichen, werden wir diese ergreifen. Als erster Schritt müssen die Kommunen endlich bessere finanzielle Mittel von der Landesebene erhalten. Damit kann man den Personalschlüssel in den Kitas und Kinderkrippen senken und eine bedarfsgerechtere Betreuung ermöglichen!“~

DER ÖPNV MUSS ATTRAKTIVER WERDEN

keine Einstellung von Buslinien

Es stand schon lange zur Debatte, nun soll es umgesetzt werden. Die Buslinie 9 von Plauen nach Bad Elster wird eingestellt. Auch wenn wir die neuen Linien, die entstehen sollen, sehr begrüßen, halten wir die Einstellung der Buslinie 9 für unangebracht. Auch wenn die Anzahl der Fahrgäste nach Oelsnitz Richtung Bad Elster geringer ist, so vergessen die Initiatoren, dass Busse an vielen kleinen Haltestellen halten und der Zug dieses nicht ersetzen kann.

„Besonders für unsere älteren Vogtländerinnen und Vogtländer ist der Bus oftmals die einzigste Möglichkeit, vom Dorf in die nächstgelegene Stadt zu kommen, um einzukaufen oder einen Arzt aufzusuchen. Rufbusse sind hier kein Ersatz, da diese nur für planbare Fahrten genutzt werden können. Für Touristen stellt das eher unbekanntes System gleichwohl ein Hindernis dar.“, so Janina Pfau Kreisvorsitzende der LINKEN im Vogtland.

„Es wird hier auch ein großes Problem vergessen, dass der Bahnhof in Adorf nicht barrierefrei ist. Dies bedeutet, dass Menschen mit Beeinträchtigungen den Bahnhof gar nicht nutzen können. Gerade im Hinblick auf eine älter werdende Gesellschaft, ist dies problematisch“, so Kreisvorstandsmitglied Lars Legath.

„Wenn wir mehr Vogtländerinnen und Vogtländer zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel bringen wollen, dann müssen wir auch die Strecken attraktiver machen und an die Gegebenheiten im ländlichen Raum anpassen und nicht Strecken einstellen.“, so Pfau weiter.~



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de





KLINIKINSOLVENZEN ALS CHANCE ZU REKOMMUNALISIERUNG NUTZEN

Die medizinische Versorgung im Vogtlandkreis ist schon lange ein Problem, jetzt stehen noch die Paracelsus-Kliniken im Vogtlandkreis auf der Kippe. Wie Mittwoch bekannt wurde, sollen in Reichenbach 30 Stellen gestrichen werden und ob das Klinikum weiterhin bestehen bleibt, ist fraglich.

Thomas Höllrich, Ortsvorsitzender der LINKEN in Reichenbach und stellv. Bürgermeister in Reichenbach stellt dazu fest: „Reichenbach braucht ein Krankenhaus. Die Schlagzeilen der letzten Jahre über die medizinische Unterversorgung in Reichenbach sind noch allen bekannt und jetzt steht auch noch unser Krankenhaus auf der Kippe. An erster Stelle muss immer das Wohl der Patientinnen und Patienten stehen und nicht die Gewinne des Unternehmens, denn für uns steht fest, Gesundheit darf keine Ware sein.“

„Der Landkreis muss nun endlich seine Verantwortung für die medizinische Versorgung der Vogtländerinnen und Vogtländer ernstnehmen und nicht nur

abwarten was passiert.

Die im Vogtland von der Gruppeninsolvenz betroffenen Kliniken in Reichenbach und Adorf/Schöneck bieten sich für eine Rekommunalisierung in einer eigenen Gesellschaft an. Dass ein Krankenhaus in öffentlicher Hand sehr gut funktionieren kann, beweist uns das bestehende kreiseigene Klinikum in Rodewisch.

Um das Klinikum in Obergöltzsch keinen Risiken aus einer möglichen Übernahme der Kliniken auszusetzen, kommt es für uns nicht in Betracht, die Kliniken in den bestehenden Eigenbetrieb zu integrieren. Der Landkreis muss ernsthaft prüfen, ob eine eigene GmbH mit den Kliniken in Reichenbach und Adorf/Schöneck möglich ist, vielleicht auch gemeinsam mit Zwickau. Es muss endlich gehandelt werden, dass auch zukünftig alle Vogtländerinnen und Vogtländer medizinische Hilfe bekommen, wenn sie diese benötigen,“ ergänzt die Kreisvorsitzende der LINKEN Janina Pfau.~

Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

Jetzt abonnieren!
www.jungewelt.de/granma



KEINE REKRUTIERUNG VON MINDERJÄHRIGEN!

Die Bundeswehr plant im Rahmen des diesjährigen Girls' Day, am 26. April 2018, für ihre Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten zu werben. Potenzielle Interessent*innen können dazu im Verlauf des Tages am Bundeswehrstandort in Delitzsch die Aufgaben von Soldat*innen „live erleben“ und ein „ausgewogenes Verhältnis zwischen Theorie und Praxis“ einer Bundeswehrkarriere kennenlernen. Auf dem Tageserlebnisprogramm stehen für die eingeladenen Mädchen militärische Ausrüstung, Leben im Feld oder Fahrzeugschau. Soweit so schlecht.

Zum Vorhaben der Bundeswehr am Girls' Day zu werben, erklärt Anja Eichhorn, Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik der DIE LINKE. Sachsen:

„Dieses Angebot ist an Perfidität nicht zu überbieten. Das Mindestalter dieser Rekrutierungsmaßnahme liegt bei 15 Jahren. Zur Einordnung: Vor der Abschaffung der Wehrpflicht war es üblich, Volljährige für den Militärdienst zu gewinnen. Dieses Credo scheint nun vollends überwunden. Getreu dem Motto ‚Der Zweck heiligt die Mittel‘ ist der Bundeswehr jedes Mittel recht, um geeignete Kandidat*innen für den Militärdienst begeistern zu können.

Ganz abgesehen von der unfassbaren Tatsache, ausgerechnet am Zukunftstag für Mädchen diese als potenziellen Nachwuchs zukünftiger Militärinterventionen zu werben. Kritik an diesem Vorgehen gab und gibt es immer wieder, unter anderem vom internationalen Kinderhilfswerk terre des hommes. Bislang ohne Folgen und das, obwohl auf diesen Werbeveranstaltungen mitunter schon bei 11-jährigen Mädchen für eine Karriere beim Militär geworben wurde.

Wir als Linke sagen dazu: Nein! Diese Art und Weise, für die Bundeswehr zu werben ist unverantwortlich. Kinder sind keine Soldat*innen. Und die Bundeswehr ist alles andere als ein ‚normaler Arbeitgeber‘. Die Bundesregierung ratifizierte 2004 das Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention, das den Einsatz von Kindersoldat*innen als Kriegsverbrechen ächtet. Unter dieser Maßgabe ist die versuchte Anbindung und Werbung von Minderjährigen in jeder Hinsicht untragbar. Wir fordern die Bundesregierung und die Bundeswehr auf, diese Rekrutierungsmaßnahmen sofort einzustellen. Dieses Verhalten ist scheinheilig, zutiefst moralisch verwerflich und rechtlich verantwortungslos.“

BÜRGER*INNENS-SPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie zur Verfügung:

08.03.2018: 16:00 – 17:30 Uhr

26.03.2018: 10:00 – 12:00 Uhr

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

und

03.05.2018: 15:00 – 17:00 Uhr

Büro der Partei DIE LINKE in Plauen,
Bahnhofstraße 49, 08523
Plauen

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV-Beratung im Bürgerbüro Oelsnitz/Vogtl. angeboten.

WIDERSPRUCH ZUR SCHÖNFÄRBEREI NÖTIG!

Sächsischer Ministerpräsident lebt „in einem anderen Land“!

Die Aussagen des MP in der „Freien Presse“ vom 06.02. strotzen n. m. nur so von Fehleinschätzungen und fordern unseren Widerspruch heraus: So behauptet er, wir hätten uns aus den Zuständen großer Lohnunterschiede, geringer Tarifbindung und des Systems der „verlängerten Werkbänke“ und vieler Benachteiligungen bereits herausgearbeitet. Wenn der MP sagt: „längst geht es aufwärts. Und da sollten wir dieses Erfolgsmodell nicht aufgeben“ – muss man wirklich fragen: Wo lebt er denn – ach ja, in einem anderen Land, eben in „blühenden Landschaften“! Will er die Wahrheiten nicht zur Kenntnis nehmen? Es sind wohl noch nicht genügend neu gegründete oder angesiedelte Firmen – oft kurz nach Auslauf der viel zu kurzen Auflagen für gewaltige Fördermittel, wieder „geschrumpft“ oder ganz von der Bildfläche verschwunden. Selbst „Weltkonzerne“ oder Krankenhauskonzerne bauen Arbeitsplätze ab oder schließen ihre Niederlassungen ohne an die dort beschäftigten Menschen zu denken. Nur Profit zählt! Aber das verbucht der neue MP scheinbar alles unter „Spätfolgen der DDR“. So viel Dummheit

und Gemeinheit sollten wir dem Ministerpräsidenten nicht durchgehen lassen! Er behauptet doch ernstlich- und das nach 28 Jahren „Marktwirtschaft“: „Die Probleme rühren ja nicht aus der Marktwirtschaft und der Demokratie, sondern aus 40 Jahren DDR und Teilung“. Hat er in seiner Jugend wirklich nicht mitbekommen, wie viele Betriebe im heutigen Sachsen, aber auch in Teilen Thüringens und Sachsen-Anhalts für Millionen von Menschen einen sicheren Arbeitsplatz boten. Und dann, ab 1990 setzte das zerstörerische Werk der „Treuhand“ und der CDU-Politik ein und führten zu deindustrialisierten Landstrichen und einhergehender Abwanderungen meist junger Menschen. Seine Antworten auf die Fragen der „FP“ sprechen Hohn! Wenn dann Meinungsbefragungen, ausnahmsweise mal, für ihn und die CDU, die ja seit 28 Jahren die „Macht“ ausführt, unangenehme Ergebnisse bringen, dann sagt er eben: „Man muss genau hinschauen- wer hat die Fragen, wie gestellt“. So einfach sieht er es. Herr Kretschmer erdreistet sich auch noch, Forderungen zur Einschränkung der als „Flexibilität“ bezeichneten

Ausbeutungsmethoden zu dämonisieren. Ja, Herr Ministerpräsident – der Mensch muss im Mittelpunkt stehen – nicht der Profit! Sachgrundlose Befristungen, Minijobs, Teilzeitarbeit, Überstunden und Überforderungen, Werkverträge und weitere „Tricks“ zur Profitmaximierung tragen eben nicht dazu bei, dass sich die Menschen wirklich wohl fühlen in diesem Land. Würde Ihre hochgelobte „Marktwirtschaft“ wirklich kaputt gehen, wenn die Reingewinne (also nach Abzug aller berechtigten Rückstellungen, Kosten, Abschreibungen und Investitionskosten) auf 5% gedeckelt würden – statt 15 oder 25 % zu fordern – und das jedes Jahr!? Für Ihre offenen Antworten, Herr Ministerpräsident, bin ich aber dankbar. Zeigen sie doch ganz deutlich – sie wollen weiter wie bisher nur Politik für die Mächtigen, weil Reichen machen. Damit zeigen Sie: Aus der Wahlschlappe nichts gelernt, ein „weiter so“ ist ihre Devise. Ich meine: So lange, wie es das Volk zulässt!

Peter Jattke

KENNST DU DAS LAND WO DIE KANONEN BLÜHN...."

oder : " Stell dir vor, es ist Krieg....

.....und Deutschland nicht dabei! Unbesorgt: das wird nicht passieren - da sei " Flintenuschi" vor. Und sage noch einer , sie hätten nichts gebracht, diese Kriege. Immerhin über 50 gefallene deutsche Soldaten auf der einen - tausende Opfer in der Zivilbevölkerung auf der anderen Seite. Wie allein die in Kundus, Afghanistan, wo etwa Zivilisten, Frauen und Kinder vorwiegend, auf Befehl des Bundeswehroberst Klein "totgebombt" wurden, der dann dafür gar zum Brigadegeneral befördert wurde. Lapidar als "Kollateralschäden" abgetan.

Den Rüstungskonzernen hat es hohe Profite gebracht und uns Millionen Flüchtlinge aus den zerstörten Städten in den verwüsteten Ländern. Und wo nicht direkt beteiligt, da schicken wir halt Berater und jede Menge Waffen und obwohl das Gegenteil versprochen – selbst in Krisen- bzw.

Kriegsländer wie Saudi-Arabien, mit denen dann die Unabhängigkeitsbestrebungen im Jemen kaputtgebombt werden. Und entgegen der Ankündigung, den Export dorthin einzuschränken, sind diese im Gegenteil gewaltig gesteigert worden. Das Beschämende daran: unter dem SPD- Wirtschaftsminister Gabriel! Noch beschämender solche Begründung wie Sicherung von Arbeitsplätzen. Nein, um Sicherung der Profite von Rheinmetall und Co. geht es. Wie war das noch mit den "Schwertern zu Pflugscharen? Hatte wohl nur für die DDR gegolten. Nun ist die Türkei mit deutschen Panzern in syrischem Kurdengebiet eingedrungen, wo Erdogan die Terroristen "ausrotten" will. (Kommt uns das nicht bekannt vor?) Gemeint sind die Kurdenmilizen , die gemeinsam mit den USA die IS vertrieben. Nunmehr, so war zu lesen, hat der "Despot vom Bosphorus" gar Napalmbomben eingesetzt,

obgleich weltweit geächtet. Und die Welt schaut zu - allen voran unsere Kanzlerin, die angeblich mächtigste Frau der Welt. Was auch sonst? Hatte sie dem Despoten vom Bosphorus doch mit ihrem "Kniefall" den Weg ebnet. Und bitter eher als kurios: mit deutschen Gewehren zurückgeschossen. Wie immer Sie, Herr Gabriel, diese "Ungereimtheiten" auch Ihrem "Wahlvolk verticken" wollen – solch Heuchelei und Verlogenheit ist Wählerbetrug. Und mit treuer deutscher Hilfe wird Nato-Partner Türkei unter "Sultan Erdogan" sein "Großtürkisches Reich" in Angriff nehmen. Mit deutschen Panzern, Kampfbombern vielleicht gar? Da fällt mir Erich Kästner ein: "Kennst du das Land, wo die Kanonen blühen? Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!"

Jürgen Böhm

DIE ALTEN POLITISCHEN PLATZHIRSCH WOLLEN IHRE REVIERE ZURÜCK

Wenn in der Natur ein alter Platzhirsch oder Rehbock sein Revier während der Brunft an einen jüngeren verloren hat, findet er sich damit ab und setzt sich aufs Altenteil zurück. Wenn ein Bauer den Hof an seinen Sohn übergeben hat, zieht er mit der Altbäuerin ins Austragshäusel, hilft dem Jungbauern, wenn der ihn braucht, und genießt ansonsten seinen Ruhestand. Das sind Naturgesetze, die gelten aber nicht in der Politik. Hier herrscht das Chaos Maximus, es ist das ganze Jahr politische Brunftzeit.

Nachdem Sigmar Gabriel den neuen Platzhirsch Martin Schulz aus dem von vielen Hirschen begehrten Revier Außenministerium gejagt hat, dass dieser zuvor ihm entrissen zu haben glaubte, wurden nun aus der SPD-Arbeitsgruppe »Rache und Intrige« weitere Pläne bekannt. So will Ex-Platzhirsch Kurt Beck nachträglich das ganze Revier SPD als SPD-Vorsitzender zurück, das ihm seinerzeit Frank-Walter Steinmeier abgeluchst hatte. Wäre dies nicht geschehen, so könnte er, Beck, heute Bundespräsident, der wichtigste Platzhirsch im Lande sein sein.

Der ist stattdessen Steinmeier, der seit einem Jahr in dem ereignisarmen Revier um Schloss Bellevue herumlungert, aber liebend gerne wieder Außenminister wäre, was ihm damals Sigmar Gabriel vermasselt hatte. Auch Althirsch Rudolf Scharping, so heißt es, verlange das Revier Parteivorsitz zurück, das ihm der damalige Junghirsch Oskar Lafontaine 1995 abspenstig gemacht hatte.

Dieter Riedler

ALLES GUTE KOMMT VON LINKS.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei all den Quälereien und Diskussionen mit denen sich unsere so Partei rum-schlägt, sollte man nicht vergessen, auch mal positiv zu denken und das möchte ich euch hiermit ermöglichen. Wenn man sich die kürzere Vergangenheit Deutschlands so anschaut, kann man deutlich erkennen, dass alle Errungenschaften, die unser Land erreicht hat, immer von links ausgingen. Schon in der ersten Nationalversammlung 1849 forderten die Linken Dinge, die heute schon längst als überholt gelten, wie ein allgemeines Wahlrecht, während die „Mitte“ noch treu dem König ergeben war. Die Sozialversicherungen im deutschen Reich waren nur eine Antwort auf das Erstarren der Sozialdemokraten, welches man damit zu verhindern versuchte. Auch das Frauenwahlrecht 1919 war eine linke Errungenschaft, genau so wie alle weiteren, heute als normal geltenden, Rechte für die Menschen, die hier leben. Die Liste könnte endlos weitergeführt werden, aber ich denke, ihr versteht, was ich damit sagen will: Wir stehen auf der richtigen Seite der Geschichte, denn alles Gute kommt noch immer von links und allein das sollte uns die Kraft schöpfen lassen für alles, was uns noch erwartet. Es war nie einfach und es wird auch nie einfach sein, die wichtigen und vernünftigen Ziele der Menschheit umzusetzen, aber wir werden das schaffen. Dafür brauchen wir auch keine neue linke Sammlungsbewegung, dafür müssen wir nur viel deutlicher kommunizieren, dass wir die Einzigen sind, die diese Ziele kompromisslos verfolgen, soll heißen: Wir müssen diese linke Sammlungsbewegung werden.

Hannes Osmayer

NEIES VON DAR META

Ne Mittwoch, su um Zehne rum, rüft de Meta iehr Freindin in Plauen aa. „Nu, woas kochstn heit? froocht se de Neideiteln. Bei uns gibbs heit Erdepfalsalat un Spieschelei miet frischn Salat aus unnarn Gartn un hinterher en gutn Schokopudding miet Vanillesoße.“ Drauf de Meta „bei uns gibbs heit Schwammespalken von gederrtn Staapilzn und Maronarn, die mar im Herbst gefunne hamm. Viel Schwamme gabs ja net, aber fier aa moll Spalkn un e paar na de Sonntagsbrieh langts scha.“

„Nu woas gibbs’n Neies bei eich in Falknstaa?“ froocht de Neideiteln. Drauf de Meta „Heit frieh beim Zeitunglesen hoo iech e offizielle Statistik ieber den Unterrichtsausfall in unnarn Schulen im November vom vorischen Goahr aageguckt un gedacht, do werd doch dar Hund in dor Pfanne verrickt. Itze gibbs im Vuuchtland sogar „planmäßigen Unterrichtsausfall“ De offizell’n Lehrpläne, noch dennen de Lehrer iehr Schul ze haltn hamm, gett den Pfeifen von Kultus am Arsch vobei.“

Do soocht de Neideiteln“ die kenne doch machn woas se wolln. Die Parteisoldaten, die fier teires Geld im Landtooch hocken, heem doch immer brav iehre Flossen, egal was vorne de Großkopfertn aushecken. Fier de MdL’s is doch es Wischtischste net aufzufallen, um siech alle finf Goahr fier de Wiederwahl en gutn Listnplatz ze erschleime! Wie iech scha su oft gesoocht hoo: Die schicken iehre Kinner aufs private Elitegymnasium un de Proleten kenne seh’ wo se bleim!“

Dieter Riedler



Du bist Mitglied der Partei DIE LINKE, liebt regelmäßig deine E-Mails? Aber du bekommst keine von DIE LINKE?

Dann kennen wir deine E-Mailadresse vielleicht noch nicht, oder deine E-Mailadresse hat sich geändert.

Melde deine E-Mailadresse und deinen Namen an die Kreisgeschäftsstelle unter: kontakt@dielinke-vogtland.de

DER LANDESVORSTAND ENTWICKELT EIN KONZEPT ZUR MITGLIEDERARBEIT

Der Entwurf dazu stand auf der Tagesordnung der Landesratssitzung am 20. Januar. Alex Jahns, der in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN für das Konzept die Verantwortung trägt, legte einen Terminplan vor und informierte, dass er alle Kreisverbände besuchen wird, um mit Vertretern von ihnen die künftige Mitgliederarbeit zu beraten. In der Sitzung habe ich vorgeschlagen, folgende Überlegungen einzubeziehen:

1.) Linke Gesellschaftswissenschaftler schätzen ein, dass DIE LINKE - wie auch andere linke Parteien und Bewegungen - theoretische Defizite sowohl bei der Analyse der aktuellen politischen Situation als auch bei der Ableitung von Aufgaben zur Lösung heutiger gesellschaftlicher Probleme hat. Die Erarbeitung entsprechender Konzepte darf aber nicht allein Aufgabe von linken Wissenschaftlern und Parteifunktionären sein, entscheidende Impulse müssen von der Basis kommen! Informationen über öffentliche Meinungen und über Erfahrungen in der Parteiarbeit müssen in das Strategiepapier des Landesvorstandes einfließen.

Besondere Probleme sehe ich bei der Beantwortung folgender Fragen:

Genügen die Konzeptionen unserer Partei zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik den tatsächlichen Anforderungen? Begreifen wir als LINKE die soziale Frage ausreichend als internationale Frage? Welche realisierbaren Vorschläge haben wir zur Beendigung der unmenschlichen und menschenrechtswidrigen Situation in den Flüchtlingslagern an den südlichen Grenzen der EU und in Libyen?

Haben Linke und LINKE wirklich keine Mitschuld am Wachsen rechter Parteien und Bewegungen? Was müssen und können wir noch tun gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in nicht unerheblichen Teilen unserer Bevölkerung?

Wie machen wir Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen verschiedenen Richtungen in unserer Partei

sowie zwischen Alt- und Neumitgliedern für eine erfolgreiche Parteiarbeit noch besser produktiv?

2.) Aus der praktischen Parteiarbeit sollten vor allem folgende Probleme angesprochen werden:

Viele Bürger fühlen sich von der LINKEN nicht mehr verstanden, insbesondere im Zusammenhang mit Problemen der Aufnahme Geflüchteter. Ursachen sehe ich sowohl in Mängeln unserer Flüchtlingskonzeption - insbesondere für den Umgang mit voraussehbaren Problemen - und in ungenügender Auseinandersetzung mit rechten Anschauungen in der Bevölkerung.

Zahlreiche Bürger zählen die LINKE, insbesondere ihre Funktionsträger, zu den "Etablierten" auch im Ergebnis rechter Propaganda, die einen Widerspruch zwischen "Volk" und "Elite" zu konstruieren versucht.

Ein Großteil unserer Sympathisanten gesteht uns zwar zu, das Richtige zu wollen, ist aber der Meinung, dass wir nicht in der Lage seien, angesprochene Probleme zu lösen (in manchen Umfragen sagen das 97% unserer potentiellen Wähler!).

Viele befremdet die Art des Umgang auch führender Genossinnen und Genossen untereinander. Widersprüche werden zwar als normal erachtet und Diskussionen als notwendig gewertet, es wird aber kritisiert, dass Debatten nicht selten unsachlich, unfair und ohne gegenseitigen Respekt ausgetragen werden.

In der Diskussion forderte Sandra Steiner, gezielt auch Neumitglieder um ihre Meinungen und Erfahrungen zu befragen, und mehrere Mitglieder des Landesrates betonten die Notwendigkeit, Probleme des ländlichen Raumes besonders zu berücksichtigen.

Dr. Dorothea Wolff

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

A. Petzold	Lengenfeld	16.3.
I. Schröter	Plauen	16.3.
P. Kallaucke	Treuen	20.3.
S. Müller	Rodewisch	20.3.
R. Stephan	Plauen	20.3.
R. Pöhland	Klingenthal	30.3.
S. Weigel	Klingenthal	31.3.
C. Woscidlo	Plauen	6.4.
G. Wagner	Plauen	13.4.
W. Böttger	Plauen	13.4.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT ?!

2017 überstieg erstmals seit 1990 die Zahl der Neueintritte die Zahl der Austritte und Todesfälle in der LINKEN Sachsen. 516 Personen traten 2017 der DIE LINKE. Sachsen bei.

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.02.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.03.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.